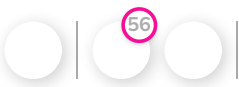


GLP-Politikerin will Gymi kürzen – das ist der Grund

Nationalrätin Katja Christ (GLP) schlägt vor, das Gymi um mindestens ein Jahr zu verkürzen. Ihr Plan gegen den Fachkräftemangel sorgt für Diskussionen.



26.09.2025, 11:44 26.09.2025, 11:44

Der Fachkräftemangel beschäftigt weiterhin Bundesbern. Die Basler GLP-Nationalrätin Katja Christ findet, der Fokus sollte stärker auf junge Schweizerinnen und Schweizer gelegt werden. Sie will wissen, welches Potenzial darin liegt, wenn Jugendliche früher ins Berufsleben einsteigen. Neben einer besseren Abstimmung des Militärdienstes auf Ausbildung und Beruf zieht sie auch eine Verkürzung des Gymnasiums in Betracht, wie «20Minuten» schreibt. Der Bundesrat soll dazu einen Bericht erarbeiten.



GLP-Nationalrätin Katja Christ
bild: 20min/matthias spicher

Gymi-Zeit soll verkürzt werden

Katja Christ ist überzeugt, dass sich durch eine Straffung – insbesondere der Sekundarstufe II – in vielen Kantonen mindestens ein Schuljahr einsparen liesse.

«Erreichen heute schon gewisse Kantone die geforderten Lehrziele im Gymnasium bereits nach drei Jahren, können das die Jugendlichen anderer Kantone wohl auch.»

GLP-Nationalrätin Katja Christ

Im Austausch mit Eltern aus verschiedenen Kantonen im Bundeshaus nehme sie grosse Unterschiede wahr, sagt Katja Christ. «In einigen Kantonen wird die Matur im Alter von 17 Jahren absolviert – bei uns im Kanton Basel-Stadt sind die Schülerinnen und Schüler teils schon 20 Jahre alt, wenn sie die Schule abschliessen», erklärt sie. «Unsere Jugendlichen sollen ohne unnötige Verzögerung in ihre Ausbildung und ins Berufsleben starten können.» Die Schweiz verliere durch den teilweise «späten Arbeitsmarkteintritt» viel Potenzial im Inland, aber auch im Wettbewerb mit den Nachbarländern, ist Christ überzeugt.

Nötige Fächer überdenken

Zuständig für das Bildungswesen sind zwar die Kantone. Doch wegen der grossen Herausforderungen wie Fachkräftemangel, AHV-Finanzierung und Rentenalter brauche es eine «nationale Bestandsaufnahme und Eruierung des brachliegenden Potenzials», sagt Nationalrätin Katja Christ. Unterstützung bekommt sie dabei auch von Politikerinnen und Politikern aus SVP, FDP, Mitte und den Grünen.

FDP-Nationalrätin Jacqueline de Quattro unterstützt den Vorschlag. «Die Jungen kommen immer später ins Arbeitsleben, weil die Ausbildung länger dauert», sagt sie. An sich sei eine gute Ausbildung wichtig, «aber es bringt Nachteile auf dem Arbeitsmarkt mit sich: Erstens für die Betroffenen selbst, weil sie erst später in die Vorsorge einzahlen und andererseits, weil der Fachkräftemangel zunimmt.»



FDP-Nationalrätin Jacqueline de Quattro

bild: 20min/matthias spicher

Sie selbst habe das Gymnasium in nur zwei Jahren absolviert. «Jetzt sind wir bereits bei obligatorischen vier Jahren», kritisiert sie. Es brauche ein Umdenken, welche Fächer und Inhalte wirklich nötig seien.

«Wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht übertreiben. So brauche es beispielsweise kein volles Jahr, um die Französische Revolution zu erklären.»

Jacqueline de Quattro, FDP-Nationalrätin

Jugendliche sollen nicht noch mehr für Wirtschaft machen

Die grüne Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber spricht sich gegen den Vorstoss aus – auch wenn sie eine einheitlichere Gymnasialdauer grundsätzlich sinnvoll fände, etwa bei einem Kantonswechsel. «Ich gönne den Jungen eine gute Ausbildung. Sie sollen nicht noch mehr für die Wirtschaft machen müssen», sagt sie.



Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber

bild: 20min/matthias spicher

Sie warnt vor mehr Druck und weniger Zeit für die persönliche Entwicklung: «Mit 18 sind viele noch in der Entwicklung und sollen die nötige Zeit dafür haben.» Eine Verkürzung der Schulzeit könne zudem die Qualität der Bildung gefährden. «Wir brauchen, gerade in Zeiten von künstlicher Intelligenz, gut qualifizierte Menschen, die selbständig denken.»

Mehrheit macht Zwischenjahr nach Matura

Auch Mitte-Nationalrätin Regina Durrer-Knobel lehnt die Idee klar ab. «Fast 80 Prozent machen nach der Matura ein Zwischenjahr, weil sie noch gar nicht wissen, was sie studieren wollen», sagt die Prorektorin der Berufsfachschule Nidwalden.



Mitte-Nationalrätin Regina Durrer-Knobel

bild: 20min/matthias spicher

Für sie sind Jugendliche heute jung genug, wenn sie ins Berufsleben einsteigen.

«Auf der einen Seite haben wir Kinder, die noch Windeln tragen, wenn sie in den Kindergarten kommen. Auf der anderen Jugendliche, die ihren Mietvertrag fürs WG-Zimmer nicht selbst unterschreiben dürfen, wenn sie aus der Schule kommen. Das kann nicht das Ziel sein!»

regina durrer-knobel, mitte-nationalrätin